

Die Sonne liess sich am Wochenende wieder blicken



Sonne am Abend – erquickend und labend, schreibt unser Leser zu diesem gelungenen Bild an der Waldheimstrasse in Zug.

Bild: Hermann Stutz-Reding

Lesermeinungen zur Nachhaltigkeitsinitiative der SVP

Zur Abstimmung vom 14. Juni

Die Argumente der Gegner der Einwanderungsbegrenzungsinitiative zeigen deutlich die Nervosität und die Orientierungslosigkeit auf. Die Angstmacherei bezüglich Personalnotstand im Gesundheitswesen und anderen Bereichen verfängt nicht, denn eine Zuwanderung in einem kleineren Rahmen ist weiterhin möglich. Diese und weitere Argumente basieren auf polemischer Panikmache. Die jetzt schon am Limit funktionierenden Infrastrukturen, Strassen, Wohnraum sowie ÖV und weitere öffentliche Infrastrukturen wie Ver- und Entsorgung würden bei unbegrenzter Zuwanderung definitiv im Chaos versinken, sollte das Bevölkerungswachstum so wie bisher anhalten. Es ist also so, dass diese Initiative einem Chaos entgegenwirkt und nicht so, wie die Gegner gebetsmühlenartig behaupten, ein Chaos verursachen würde.

Zudem wird es mit der Beschaffung von genügend Wohnraum für alle immer schwieriger und der Mangel treibt die Mietpreise für immer mehr Menschen in unerschwingliche Höhen. Angedachte raumplanerische Massnahmen wie beispielsweise «weisse Zonen, extreme Verdichtung» wären wirklich der Weisheit letzter Schluss, mit verheerenden Auswirkungen auf die Wohn- und Lebensqualität. Die Aktivitäten für Freizeit und Erholung für die Bewohnerinnen und Bewohner der überfüllten Städte und Agglomerationen haben sich bereits jetzt schon stark ins Gebiet ausserhalb des Siedlungsraums verlagert. Dieser Trend würde sich ohne Zuwanderungsbegrenzung noch massiv verstärken und die negativen Auswirkungen noch mehr verdeutlichen. Entgegen dem parteipolitischen Mainstream werde ich am 14. Juni mit Überzeugung der Initiative zur Be-

grenzung der Einwanderung zustimmen. Es scheint mir, als hätten viele politische Personen in ideologischen Grabenkämpfen den Kompass und den Blick auf Sachpolitik – zugunsten der Schweiz und deren Bevölkerung – verloren.

Pius Meier, alt Gemeindepräsident FDP, Oberägeri

Die Diskussion um Nachhaltigkeit wird in der Schweiz oft einseitig geführt. Es geht um CO₂, Energie oder Konsum. Doch der entscheidende Faktor wird ausgeblendet: das Bevölkerungswachstum. Die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative setzt genau hier an. Sie verlangt nichts Radikales, sondern etwas Selbstverständliches: dass die Schweiz ihre Entwicklung wieder steuert. Konkret soll die Bevölkerung bis 2050 auf unter zehn Millionen begrenzt werden. Warum ist das nötig? Weil die Realität längst spürbar ist. Immer mehr Menschen bedeuten mehr Verkehr, mehr Druck auf Wohnungen, steigende Mieten und den Verlust von Naturflächen. Unsere Infrastruktur kommt an ihre Grenzen – das ist kein Szenario, das ist Alltag. Wer ehrlich ist, sieht: Nachhaltigkeit ohne Steuerung der Zuwanderung ist eine Illusion. Die Gegner versuchen, das Thema auf die Wirtschaft zu reduzieren oder mit Angst vor der EU zu argumentieren. Doch die zentrale Frage wird umgangen: Wie viel Wachstum verträgt unser Land überhaupt noch? Unbegrenzte Zuwanderung in einem kleinen, dicht besiedelten Land ist schlicht nicht nachhaltig. Es geht auch nicht um Abschottung. Es geht um Verantwortung. Eine massvolle, gesteuerte Entwicklung schützt unsere Lebensqualität, unsere Umwelt und letztlich auch unseren Wohlstand. Wir entscheiden mit dieser Initiative über die Zukunft unseres Landes.

Wollen wir weiterhin einfach wachsen – oder wollen wir gestalten? Nachhaltigkeit bedeutet, Grenzen zu erkennen und danach zu handeln. Genau das macht diese Initiative. Darum: Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative.

Alexander Haslimann, Rotkreuz

Vom Leserbriefschreiber am Dienstag lernt man, dass wir in der Schweiz ein Problem haben. Wie aber will er das bestehende Chaos lösen? Mit Nichtstun. Wahrlich tiefgründig und vorausschauend. Er lebt mit seinem zitierten Sprichwort: «Was immer du tust, bedenke das Ende». Macht er aber nicht, denn das sind reine Wieselworte und es betrifft die kommenden Generationen und jene, die noch nicht geboren sind. Es liegt in der Rhetorik, nicht in der Substanz. Die besagten hoch qualifizierten Fachkräfte an Hochschulen und der Forschung kommen nicht aus Freude an der Schweiz, sondern weil sie ein Vielfaches hier verdienen. Sie bringen auch ihre Assistenten und Mitarbeiter mit. Im Raum steht doch die Frage: Von wem wird die erwähnte unnötige Verkehrsinfrastruktur belastet? Ebenso das Gesundheitswesen? Weniger Zuwanderung führt auch zu weniger Patienten, dadurch brauchen es weniger Pflegenden. Bei der Einführung der Personenfreizügigkeit wurde dem Stimmbürger durch den zuständigen Bundesrat und seinen Hofschanzen «ex cathedra» verkündet, dass circa 8'000 Personen jährlich einwandern würden. Doch das war nichts als ein rhetorischer Nothing, denn schon im ersten Jahr waren es etwa 80'000 Personen. Das lässt uns zweifeln an den hoheitlichen Versprechen der Regierenden. Zum Thema Bildung/Hochschulen muss endlich mal festgehalten werden, dass wir nicht von «Horizon» und «Erasmus» und ähnlichen

Abkommen profitieren. Finden wir doch unbestritten die höchstgestuften Universitäten auf dem Kontinent bei uns in der Schweiz. Schlussendlich dürfen wir nicht vergessen, dass von unseren 41'000 Quadratkilometern Landfläche ein Drittel nicht bewohnbar ist. Wir haben aber schon heute die grösste Bevölkerungsdichte und weiterhin die höchste Zuwanderung, was dann eben zum aktuellen täglichen Dichtestress und Chaos führt, das auch die Gegner beweinen, aber nicht lösen. Merke: Wir müssen Eier zerbrechen, um eine Omelette zu schaffen.

Rudolf Balsiger, Oberwil

Wer wie ich im Kanton Zug aufgewachsen ist, hat erlebt, wie stark sich unser Kanton in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Es gibt mehr Menschen, mehr Verkehr und höhere Mieten. Gleichzeitig sind aber auch neue Chancen, neue Arbeitsplätze, ein viel grösseres Freizeitangebot und ein Wohlstand entstanden, von dem wir alle profitieren. Man sieht das ganz konkret: etwa am neuen Zuger Strandbad, an einer hervorragenden Infrastruktur, an guten Schulen oder an einem Kanton, der finanziell gesund dasteht. Das alles fällt nicht einfach vom Himmel. Es ist eng verbunden mit dem Erfolg unserer Unternehmen und der internationalen Vernetzung des Standorts Zug. Als Anwalt erlebe ich täglich, wie viele Firmen auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen sind – sei es in der Industrie, im Gesundheitswesen, in der IT oder bei Dienstleistungen. Diese Menschen kommen nicht in die Schweiz, um Probleme zu schaffen, sondern um mitzuarbeiten, Innovation voranzutreiben und Teil unserer Gesellschaft zu sein. Ja, Wachstum bringt Heraus-

«Identität für Zug»

Zur Abstimmung über den Bauungsplan Metalli am 14. Juni

Identitäten müssen sich weiterentwickeln. Und die Metalli muss sich weiterentwickeln, um lebendig zu bleiben. Ja, sie ist identitätsprägend für die heutigen Zugerinnen und Zuger, die den Standort nicht anders kennen. Ebenso identitätsprägend war auch das Fabrikgebäude der damaligen Metallwarenfabrik, an dessen Stelle die Metalli heute steht. Identitäten sind keine starren Konstrukte – genau wie ein guter Calvados, der sich mit der Zeit veredelt und trotzdem seinen traditionellen Charakter bewahrt.

Orte müssen sich weiterentwickeln, um lebendig zu bleiben und die Bedürfnisse der jeweiligen Zeit zu erfüllen – in diesem Fall von der Fabrik zum Einkaufszentrum und zum Lebensraum mit mehr Wohnungen und Nutzungen für die Allgemeinheit. Ich finde die Weiterentwicklung der Metalli überzeugend, weil sie

den heutigen Bedürfnissen entspricht und trotzdem sensibel mit dem Bestand umgeht. Damit kann ich mich gut identifizieren – und darum stimme ich am 14. Juni mit Ja.

Frederic Gaspoz, Zug

Adresse für Leserbriefe

Die Adresse für Leserbriefe lautet redaktion-zugerzeitung@chmedia.ch. Bitte geben Sie stets Ihre vollständige Adresse an. Auch Zuschriften per Post sind willkommen. Die Adresse: Redaktion Zuger Zeitung, Baarerstrasse 27, 6300 Zug. Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Texte Platz haben. Ihr Leserbrief sollte maximal 2000 Zeichen (mit Leerschlägen) umfassen. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder nicht zu veröffentlichen. Weitere Leserbriefe finden Sie auf www.zugerzeitung.ch/meinung/leserbriefe.

forderungen mit sich. Diese müssen wir ernst nehmen und aktiv gestalten – etwa beim Wohnungsbau oder bei der Infrastruktur. Die notwendige Verdichtung müssen wir mit Bedacht angehen, aber nicht Wohntürme aneinanderreihen. Ein massvolles Wachstum mit Zuwanderung ist für den Kanton Zug klar positiv. Wer nun mit einer starren Obergrenze den bilateralen Weg und damit unseren wirtschaftlichen Erfolg gefährdet, riskiert den Wohlstand aller und Zustände wie zum Beispiel in Japan. Darum sage ich am 14. Juni klar Nein zur Chaos-Initiative.

Jost Windlin, Vorstand Zuger Wirtschaftskammer, Zug

Der Zuger Ständerat Matthias Michel warnt vor Bevormundung in seinem Leserbrief. Genau das können wir nur verhindern oder mindestens reduzieren, wenn wir ein deutliches Ja zur 10-Millionen-Grenze einwerfen. Schade, dass wir Schweizer die schnelle Sprache in den Sendungen Extra3 und Schlachthof schlecht verstehen und zu wenig bewusst sind, wie die Deutschen unter dem Irrsinn ihrer Beamten leiden (neidischer Blick auf die Schweiz).

Tony Stocklin, Steinhausen

Wo liegt das Chaos? Ich sehe es im fehlenden bezahlbaren Wohnraum für Einheimische, im staugeplagten Strassenverkehr, im übervollen ÖV und in überlaufenden Naherholungsgebieten. Die Initiative führt höchstens dann zum Chaos, wenn die Politik weiterhin Arbeitsverweigerung betreibt bei Themen, die der Bevölkerung Sorgen bereiten. Statt die Probleme zu negieren oder wie gewisse Kantone und Städte dreist zu behaupten, man habe

sie im Griff, könnte man die Zuwanderung schon lange intelligent steuern. So wie das andere Länder machen. Eine Nettozuwanderung von 35'000 Personen pro Jahr bedeutet bei einer Abwanderung von rund 90'000 Personen, dass rund 125'000 Personen neu ankommen. 2024 waren dies gemäss NZZ 1087 Pflegepersonen und 1785 Ärztinnen und Ärzte. Das sind 2,3 Prozent der zuwandernden Erwerbstätigen. Ein medizinischer Notstand ist nicht zu befürchten. Auch sonst besteht genug Spielraum für Zuwanderung, die unserem Land nützt. Früher glaubte auch ich, dass nur (Bevölkerungs-)Wachstum den Wohlstand sichere. Bis ich den Denkfehler realisierte: Als ich 1994 das Ökonomiestudium abschloss, zählte die Schweiz sieben Millionen Einwohner. Es ging und geht uns damals wie auch heute wirtschaftlich gut. Die zunehmende Enge führte aber zu Einschränkungen und Freiheitsverlusten, Entfremdung und Verlust von Lebensqualität. Grundsätzlich können wir alles zubetonieren und auf 14 Millionen wachsen. Werden wir dann eine Initiative für eine 15-Millionen-Schweiz ablehnen, weil wir wachsen müssen? Sollte es die EU dann noch geben, wird sie nicht alle Brücken zu uns abreißen, wenn wir die Zuwanderung begrenzen? Die Zusammenarbeit funktioniert nicht, weil die EU Mitleid mit uns hat, sondern weil die EU davon massiv profitiert. Ob heute oder in 10 bis 20 Jahren: Irgendwann müssen wir die Begrenztheit unseres Raums akzeptieren. Lieber jetzt, als erst dann, wenn in unseren Städten niemand mehr Deutsch spricht. Als Liberaler werde ich überzeugt Ja zur «Chaos-Initiative» stimmen, um weiteres Chaos zu vermeiden.

Thomas Lötscher, alt Kantonsrat FDP, Neuheim